

**Politische Jugendbildung braucht (Frei-)Räume! Für den Erhalt des Jugendzentrums  
,Friedrich Dürr‘ Mannheim!**

Wir von INPUT-Mannheim/Heidelberg sind ganz unterschiedliche junge Menschen, die sich zusammengeschlossen haben, um regelmäßige Veranstaltungen der politischen Jugendbildung im Raum Mannheim/Heidelberg auf die Beine zu stellen. Als Gruppe sind wir Teil der politischen Jugendbildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, die uns bei der finanziellen Realisierung unserer Angebote unterstützt.

Wie viele andere, besonders junge Leute, waren wir geschockt, als wir vom Vorhaben der CDU-Mannheim erfuhren, das Jugendzentrum Friedrich Dürr Mannheim (JUZ) de facto schließen zu wollen.

Unsere Idee von Selbstorganisation und einer eigenverantwortlichen Auseinandersetzung mit diversen politischen Themen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht mit dem Selbstverständnis und der Arbeit des JUZ Hand in Hand. Das JUZ bietet die Möglichkeit, sich ohne Konsumzwang zu treffen, auszutauschen und zu organisieren. Durch das Engagement vieler junger Menschen, finden im JUZ regelmäßig politische und kulturelle Veranstaltungen statt. Hier haben Jugendliche die Chance Vorträge, Workshops, Konzerte, Kochkurse und vieles Mehr zu veranstalten. Das alles nach den eigenen Interessen, in Eigenverantwortlichkeit und in einem demokratischen Aushandlungsprozess unter allen Aktiven des selbstverwalteten Zentrums. Im Gegensatz zu vielen anderen Orten in der Stadt hat das JUZ den Anspruch, ein diskriminierungsfreier Raum zu sein – ohne Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Sexismus und Homophobie. Was Jugendliche im JUZ-Alltag lernen können, ist also bereits eine ganze Menge!

Darüber hinaus können das JUZ viele Initiativen und Gruppen nutzen, die sonst aus zumeist finanziellen Gründen keine Räume für ihre Aktivitäten in Mannheim finden würden. Als eine solche Gruppe führen wir von INPUT regelmäßig Veranstaltungen im JUZ durch und das nicht zufällig, sondern weil unsere Anliegen genau dort hingehören.

Wie kommt die CDU trotz des großartigen Angebots des JUZ darauf, dieses schließen zu wollen? In der Begründung des unsäglichen Antrags der CDU argumentiert sie mit dem kruden Vorwurf des „Linksextremismus“ gegen das JUZ. Das Wort an sich soll wohl bereits Grund genug sein, einer Institution der Jugendarbeit die Existenzberechtigung zu nehmen. Argumentativ bedient sich die CDU dabei der vom Verfassungsschutz entworfenen „Extremismustheorie“. In ihr wird die Gesellschaft in Form eines Hufeisen dargestellt: Dort gibt es dann eine demokratische ‘Mitte’, welche sich gemäß der ‘Freiheitlich-demokratischen Grundordnung’ (FDGO) verhält, die von zwei sich annähernden ‘extremen’ Rändern flankiert ist, welche die bestehende Gesellschaftsordnung verändern wollen. Beide ‘Extreme’ – rechts wie links – werden unabhängig ihrer Motive und Ziele gleichgesetzt und als Gefahr für die ‘FDGO’ angesehen. Ausgeblendet bleibt dabei, dass menschenverachtende Einstellungen auch in der vermeintlichen ‘Mitte’ der Gesellschaft weit verbreitet sind.

Mit der Selbstpositionierung in der gesellschaftlichen ‘Mitte’, ist man somit von allen möglichen schlechten wie ‘radikalen’ Tendenzen reingewaschen und abweichende oder unbequeme Meinungen können pauschal als ‘extremistisch’ unhinterfragt verteufelt werden. Hat man dann, wie im Falle des Antrags der CDU-Mannheim, die ‘extremistischen’ Gruppen ausfindig gemacht, genügt eine Art Kontaktschuld, um andere Organisationen, wie hier das JUZ, als ‘linksextrem’ abzustempeln und zu kriminalisieren. Dabei haben alle Gruppen und Initiativen, die sich im JUZ treffen, ihre Berechtigung. Sie tragen zu einer vielfältigen Meinungsbildung und einem demokratischen Austausch über unterschiedliche Perspektiven bei.

Ganz persönlich betroffen sind wir von einem längeren Absatz in der Begründung der CDU zu einer unserer Veranstaltungen im JUZ-Mannheim. Auf der genannten Veranstaltung wurde der Reader ‚Solidarische Netzwerke‘ des ‚Solidarity-Network‘ aus Seattle vorgestellt und diskutiert. In dem Reader geht es darum, wie solidarische Netzwerke unter verschiedenen Menschen aus einer Nachbarschaft geknüpft werden können, um gegen die Vereinzelung und das Ohnmachtsgefühl gegenüber den Zumutungen des täglichen Lebens im Job, Uni, Schule, Wohnen und Freizeit anzukämpfen. Als sei die CDU persönlich vor Ort gewesen, wird in der ihrer Stellungnahme die Veranstaltung wie ein Treffen eines geheimen Zirkels beschrieben, der die Teilnehmenden dazu auffordert, eine endlos lange Liste an Straftaten zu begehen. Um diesen Eindruck zu erwecken, greifen die Verfasser\*innen immer wieder einzelne Satzfragmente und Worte aus dem Reader heraus, um sie in den von ihnen gewünschten, bedrohlich wirkenden Aussagen münden zu lassen. Neben der an sich unhaltbaren Begründung des Antrags über die ‚Extremismustheorie‘, strickt sich die CDU damit selbst Gefahrenbeispiele zusammen, die mit der Realität nichts mehr zu tun haben. Als INPUT-Mannheim/Heidelberg sehen wir dadurch unsere jugendpolitische Bildungsarbeit durch die CDU gezielt diffamiert.

Alle, die schon einmal auf einer unserer Veranstaltungen waren, wie auf dem Anfang des Jahres stattgefundenen „Kongress gegen den neuen Rechtsruck“, welcher von rund hundert Aktiven der Mannheimer Stadtgesellschaft ganz unterschiedlicher Couleur besucht und ausdrücklich befürwortet wurde, werden wissen, dass diese ganz anders ablaufen, als von der CDU herbei halluziniert.

Wir möchten es jungen Menschen ermöglichen, sich mit unterschiedlichen politischen Themen auseinanderzusetzen. Unser Anspruch ist es dabei, einen offenen Rahmen zu gestalten, in dem auch komplexe Inhalte von möglichst allen verstanden, diskutiert und eingeordnet werden können. Bereits bei der Themenauswahl orientieren wir uns daher an den Interessen unserer Besucher\*innen, die uns immer per Mail und Feedbackbox Veranstaltungswünsche zukommen lassen können. Während der Veranstaltungen gilt der Grundsatz: Fragen sind dringend erwünscht! Bei uns soll niemand von einer Wahrheit überzeugt werden, sondern zum Reflektieren und Weiterdenken angeregt werden. In unserer Grundidee Formulieren wir das so: „Wir möchten Dir zeigen, was wir oder eingeladene Expert\*innen über bestimmte Themen wissen. Aber ob Du davon überzeugt bist oder nicht, entscheidest Du ja selbst. Und es gilt grundsätzlich: Fragen stellen ist strengstens erwünscht! Let’s do it! Die Sachen, die da von den Referent\*innen erzählt werden, sind eine Sichtweise – und nicht die ultimative Wahrheit“. Nach Logik der Gemeinderatsfraktion der CDU wiederum dürfte man über keine Publikation diskutieren, ohne die diskutierten Inhalte uneingeschränkt zu billigen. Wir wiederum fragen uns, was die CDU unter einer demokratischen Diskussionskultur versteht.

Im JUZ- Mannheim sehen wir den geeigneten Ort, um mit jungen Menschen zu diskutieren und gemeinsam weiterkommen zu können. Eine Schließung des JUZ wäre eine Katastrophe für die Jugend in Mannheim und der Region. Die Motivation hinter einem (politischen) Engagement ist, etwas im eigenen Alltag und der eigenen Lebenswelt zum Besseren verändern zu wollen. Wir als Gruppe wie auch das JUZ stehen genau dafür und bieten hierzu die Möglichkeiten. Das ist zwar von Zeit zu Zeit unbequem, aber Politik bedeutet nun einmal Auseinandersetzung, auch mit Meinungen, die einer\*m nicht passen. Als demokratische Partei sollte die CDU das wissen und politisch damit umgehen können. Was sie gerade mit dem JUZ versucht, ist keine Auseinandersetzung sondern eine Kaltstellung bzw. Kriminalisierung.

Wir bleiben dabei: #JUZbleibt - keinen Tag ohne selbstverwaltetes JUZ in Mannheim und überall anders auch!

Mannheim, 08.12.2017  
INPUT Mannheim/Heidelberg

